

FDP Brandenburg · Dortustraße 53 · 14467 Potsdam

Zahnärztliche Mitteilungen
Chausseestr. 13
10115 Berlin

Potsdam, 05. August 2024

Freie Demokratische Partei
Landesverband Brandenburg

Landesgeschäftsstelle
Dortustraße 53
14467 Potsdam
M: lvbrb@fdp.de
T: 0331 29 16 41

www.fdp-brandenburg.de

Ihre Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Brandenburg 2024

Zahnärztliche Mitteilungen

Frage 1

Welche Maßnahmen würden Sie – sollten Sie in Regierungsverantwortung kommen – ergreifen, um die zahnärztliche Versorgung in Ihrem Bundesland flächendeckend und langfristig zu sichern?

Antwort der FDP Brandenburg

Leitbild unserer Gesundheitspolitik sind mündige Patientinnen und Patienten. Deshalb treten wir weiter für die freie Arzt-, Krankenhaus-, Therapie- und Krankenkassenwahl ein und wollen allen Menschen eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung sichern.

Die ärztliche Freiberuflichkeit ist für uns ein hohes Gut. Sie garantiert, dass der Arzt bei seinen Entscheidungen sich vom Patientenwohl und nicht von sachfremden Zwängen leiten lässt. Daher treten wir Freie Demokraten jedweder Gefährdung der Freiberuflichkeit entschieden entgegen; gerade wenn Veränderungen hin zu einem staatlich gelenkten System angedacht sind, da aus unserer Sicht damit prinzipiell die individuelle Therapieentscheidung eingeschränkt werden kann.

Wir wollen, dass die Zeit des Misstrauens der Politik gegenüber der Selbstverwaltung ein Ende hat. Die Selbstverwaltung und ihre Institutionen und Organe sind es, die die Versorgung in unserem Land erfolgreich sicherstellen. Wir sehen das Prinzip der Subsidiarität als Grundlage des Erfolges unseres Gesundheitssystems. Wir wollen der Selbstverwaltung daher wieder mehr Freiräume geben, damit diese ihre Kompetenzen und ihr Fachwissen bei Problemlösungen für eine optimale Versorgung der Patientinnen und Patienten einbringen kann.

Frage 2

Wie wollen Sie für eine ausreichende Anzahl von Fachkräften im Gesundheitssektor sorgen (speziell Zahnärzte/Zahnärztinnen als auch Zahnmedizinische Fachangestellte)?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir setzen uns dafür ein, Heil- und Pflegeberufe attraktiver zu gestalten, indem wir angemessene Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen fördern. Dazu unterstützen wir Sofortmaßnahmen für Aus- und Weiterbildungsoffensiven, Anreize für den Wechsel von Teilzeit zurück in Vollzeit, Wiedereinstiegsprogramme für Fachkräfte, die in andere Berufsfelder gewechselt sind, sowie Weiterqualifizierungen. Für Fachbereiche, für die es bisher keine Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten im Land Brandenburg gibt, werden wir diese schaffen.

Wir Freie Demokraten fordern außerdem digitale One-Stop-Shops in jedem EU-Mitgliedstaat, um die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse zeitnah und unbürokratisch umzusetzen. Die bürokratische, komplizierte und langwierige Anerkennung von Berufsabschlüssen, die im Ausland erworben wurden, steht der Arbeitnehmerfreizügigkeit noch zu oft im Weg. Oft sind Abschlüsse vorhanden, aber die komplizierte Realität ihrer Anerkennung im Ausland verschließt künstlich Türen. Deshalb braucht jeder Mitgliedstaat eine zentrale Stelle, die eine einfache und schnelle Übersetzung ausländischer Abschlüsse in ihre nationalen Pendants ermöglicht. Gerade im Gesundheitswesen sind wir nicht zuletzt aus demografischen Gründen auf medizinisches Fachpersonal aus dem Ausland angewiesen. Deswegen setzen wir auf Entbürokratisierung und Beschleunigung der Anerkennungsverfahren durch gut ausgestattete Vollzugsbehörden, Standardisierung und Digitalisierung, nicht aber durch Abstriche bei der Qualität der Abschlüsse.

Frage 3

Hat Ihre Partei konkrete Pläne für den Bürokratieabbau in den zahnärztlichen Praxen?

Antwort der FDP Brandenburg

Das Thema Bürokratieabbau muss in Brandenburg endlich zu einem zentralen Schwerpunkt der Landespolitik werden. Wir werden daher einen Bürokratie-TÜV einführen. Bei Einführung eines neuen Gesetzes oder einer neuen Rechtsverordnung muss der daraus resultierende Erfüllungsaufwand transparent berechnet und im Landtag vorgestellt werden. Wir bekennen uns zum One-in-two-out-Prinzip. Demnach müssen für jedes neue Gesetz zwei andere abgeschafft werden. Wir unterstützen außerdem alle Bestrebungen, unnötige Bürokratie zu reduzieren – auch im Gesundheitsbereich – und freuen uns jederzeit über Hinweise und Vorschläge hierzu.

Frage 4

Wie bewerten Sie die Beteiligung von Investoren/Private-Capital-Firmen an der medizinischen/zahnmedizinischen Versorgung?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir gehen davon aus, dass die verschiedenen Formen der gemeinsamen und kooperativen Berufsausübung für Ärzte und Zahnärzte und ihre medizinische Belegschaft die notwendige Attraktivität einer Tätigkeit im ambulanten und zukünftig auch im intersektoralen Bereich steigert. Statt einem pauschalen Ausschluss von Investoren als Träger ist sicherzustellen, dass MVZ jeder Trägerart transparent und qualitätsorientiert einen Beitrag zur ambulanten Patientenversorgung leisten können.